

Bezugspreis:

Wortlaut, 2. - 12. Monat 2. - 12. ...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll u. Freit“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Vorwärts“.

Anzeigenpreis:

Die schmalste Standardzeile ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Sonnabend, den 26. Juli 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Der Schleier wird gelüftet.

Die Anklage.

In der Nationalversammlung hat am Freitag die erste große Abrechnung mit unseren Kriegsverlierern und Welteroberern begonnen.

Da ist es notwendig, daß unsere Leser das ganze Material zur Verfügung erhalten.

Wir sehen uns daher veranlaßt, die erste Anklagerede eines Ministers der deutschen Republik im ungefähren Wortlaut wiederzugeben.

Reichsfinanzminister Erzberger.

Ist das alles? Das ist die einzige Frage, die ich an den Vorkredner zu richten habe.

Der Herr Graf hat sich ein begeisterter Anhänger des parlamentarischen Systems!

Inischlotternd durch die Berliner Straßen

wanderte, das waren die Freude von Grafen! (Stürmischer Beifall und große Heiterkeit links.)

den Kaiser und die Bundesfürsten

selbst. Wo waren sie in jenen Tagen, wo waren Mut und Selbstachtung, zu dem Volk in seiner Not zu stehen?

In langen Jahren parlamentarischer Arbeit habe ich politische Fehler begangen. Einer der größten Fehler war eine zu weitgehende Gutmütigkeit gegenüber früheren Regierungen.

Wer, wie Herr Graf, im Kassenbuch sieht, darf die Regierung nicht als räuspernd bezeichnen.

von einer Illusion in die andere

gestürzt? Der Krieg gegen Frankreich sollte in drei Monaten zu Ende sein und dann England niedergeworfen werden.

sei, sollte der Krieg beendet sein. Ich erinnere nur an all das, was in der „Deutschen Tageszeitung“ stand.

Feiner verbreitete man die Illusion, kein Amerikaner könne herüberkommen, das amerikanische Militär sei Null.

eine militärische Diktatur.

Es war das Unglück des deutschen Volkes, daß es kein Militär herrschen und die politische Vernunft nicht zum Worte kommen ließ.

Friedensmöglichkeiten vorhanden.

Jetzt haben wir nicht mehr zu schweigen. (Zuschauer des Abg. Koelbe: „Das ist eine solche unerschämte Behauptung!“)

bies beide Male verhindert.

(Große Bewegung.) Das belgische Problem war das größte Hindernis. Wir erhoben Protest gegen den Transport der belgischen Röhren und Frauen.

geheimen Politik hinter dem Rücken

des deutschen Volkes. Angeblich wollte man nur den wirtschaftlichen Anschluß an Belgien.

damit der Krieg für uns verloren

war. Es läßt sich nicht bestreiten, daß die Oberste Heeresleitung in Verkennung der militärischen Sachverhältnisse nicht das richtige Augenmaß gehabt hat.

Der Abg. Graf hat sich mit einer Darstellung des Grafen Wedel beschäftigt in den „Domburger Nachrichten“.

In diesem Zusammenhange will ich an mein Wort vom Juli 1917 erinnern, das oft mißbraucht worden ist.

Ich habe dann wiederholt auch mit dem Reichsminister Bethmann Hollweg über diese Aktion gesprochen und habe darauf hingewiesen, daß wir von unseren hochgepannten Kriegsgelassen zurückgeben

(er ist schon veröffentlicht. Red. d. „Vorw.“), und dann mag sich jeder ein Urteil darüber bilden, ob man diesen Bericht mit einem so nichtsparenden Satz abtun dürfe.

Der Minister verliest die Schlusssätze des Immediatberichts des Grafen Czernin; darin heißt es u. a., daß

Oesterreich am Ende seiner Kräfte

ist und Deutschland über den Spätsommer (der Bericht trägt das Datum des 12. April 1917) hinaus nicht mehr auf Oesterreich rechnen können.

Dieser Bericht ist mir seinerzeit frei zu meiner Verfügung gestellt mit der einzigen Bedingung, über seine Herkunft zu schweigen.

Präsident Fehrenbach: Das hat der Abg. Graf nicht gesagt, wenn er auch ein Zitat gebraucht hat.

Minister Erzberger (fortfahrend): Ich frage den Abg. Graf, hat er mit seinen Andeutungen zum Ausdruck bringen wollen, daß ich von Oesterreich befreit worden sei?

Er behauptet das Gegenteil? Sie, Herr Eugenber? Warten Sie ruhig, Sie sind mir gerade der Richtige.

Graf Wedel behauptet, daß eine rheinische Zeitung darüber berichtet habe. Er war aber so schamhaft, den Namen nicht zu nennen.

die Entente Kenntnis von dem Bericht erhalten

haben sollte, von ihrer Bereitwilligkeit, im Jahre 1917 Frieden zu schließen, hat sie sich dadurch nicht abbringen lassen.

Graf Wedel behauptet ferner, Czernin habe mich veranlaßt, nach Wien zu kommen, um mich zu beantworten.

durch die damalige Regierung vertriebt

worden ist! (Hört, hört!) Und zwar unter hervorragender Mitwirkung der Herren Konservativen.

Im April 1917, als dieser Immediatbericht auch schon weiteren Kreisen bekannt geworden war, haben wir im Auswärtigen Amt eine Besprechung gehabt.

Soll soll die erste Wahrheit erfahren.

erfüllen auf die Formel vom 4. August, die das ganze deutsche Volk geeinigt hat.

Ich habe vor allem darauf hingewiesen, wie alle Berechnungen über den U-Boot-Krieg völlig falsch seien. Ich habe am 4. Juli das erste Mal darüber gesprochen und am 8. Juli bin ich direkt auf das Ziel losgegangen. Meine Rede wird in den nächsten Tagen in einer Zeitschrift: „Warum mühen wir nach Versailles gehen?“ veröffentlicht werden (Diese Broschüre liegt vor. Verlag von Reimar Hobbing, Berlin. Verfasser Oskar Müller. Wir haben sie gestern zitiert. Red. d. „Vorwärts“). Und ich bin überzeugt, mancher wird sagen, wenn er die Rede gelesen hat: „Wie war es nur möglich, daß über eine solche demüthigende Rede ein solcher Spektakel in Deutschland gemacht werden konnte.“ (Sehr gut! Redner verliest einzelne Stellen aus der Rede.) Am 8. Juli hat dann auch der Führer der Nationalliberalen, Straßmann, die Lage in derselben Weise geschildert. Mein Vorhaben war also keine große Tat, wie Graf Westarp es nannte, und der konservative Graf Westarp hat damals auf die Frage Straßmanns, ob er mit einem Frieden von heute zufrieden sei, statt geantwortet: Nein! (Hört, hört! links.) Die damalige Regierung, die durch das unglückliche Wort: Wie ich Sie verstehe, in ihrer Geburtsstunde erdrosselt wurde, hat

ein Verbrechen am deutschen Volke

begangen. (Lebhafte Beifall.) Am 1. August hielt der Reichskanzler seine Rede mit dem Grundgedanken, daß alle Friedensangebote ansichtslos seien. Er versagte sich, eine klare Erklärung über die Neutralität Belgiens abzugeben. Am 10. August aber erhielt der Reichskanzler durch den Runtius ein Schreiben, in dem ein Angebot Englands vorlag, dem die französische Regierung sich angeschlossen habe, die kaiserliche Regierung möge sich über die Unabhängigkeit Belgiens erklären und Garantien für die politische, wirtschaftliche und militärische Unabhängigkeit des Landes geben. Eine verächtliche Antwort wurde den guten Fortschritten der Friedensunterhandlungen erleichtert. (Langandauerndes Hört, hört! links. Große Bewegung.)

Wir haben hier den amtlichen Schritt einer neutralen Macht, die durch ihre Organisation und Ideemwelt wie wenige in der Lage war, zu beurteilen, wenn ein Friedensschritt Aussicht auf Erfolg hatte, hervorgerufen nicht aus eigener Initiative, sondern um einen ausdrücklichen Versuch der englischen Regierung mit ausdrücklicher Genehmigung der französischen. Das war 1917 eine

wahlvergründete, wohlüberlegte Friedensaktion

von einer neutralen Macht, die wie wenige berufen war, die Ideen der Völkerverständigung einzusetzen und es wurde verlangt lediglich eine präzise Erklärung über Belgien. Die Erlaubnis, den Inhalt der englischen Note zu veröffentlichen, ist vom Posten eingeholt, aber wohl noch nicht eingetroffen.

Was aber geschieht in Berlin?

Man würde es nicht für möglich halten: Vier Wochen gibt man den Ministern keine Antwort! (Stürmisches Hört, hört! links und im Zentrum.) Ich muß aber noch einen Schritt weiter gehen. In einem Schreiben vom 24. 9. wird abgelehnt, eine Erklärung abzugeben. (Stürmisches Hört, hört! Große Unruhe, die sich zum Lärm steigert. Präsident Lehrenbach läutet, vermahnt aber erst nach längerer Zeit Ruhe zu schaffen.) Im heutigen Stadium heißt es in der Antwort, sei die Regierung nicht in der Lage, die Erklärung über Belgien und die erwünschten Bürgschaften auszusprechen, weil die Vorbedingungen für Abgabe einer solchen Erklärung noch nicht genügend geklärt seien. (Hört, hört!) Wo ein amtlicher diplomatischer Bericht,

für ein Volk, das in höchster Not liegt,

wird vier Wochen nicht beantwortet, dann erklärt man ihn nicht für genügend. (Hört, hört! Große Bewegung.) Ende September war ich in München. Ich kenne den Runtius seit längerem als persönlichen Freund. Er kam mit mir mit Tränen entzogen: Die armen Völker! Damit war der von England über den heiligen Stuhl eingeleitete Versuch erledigt. Das ist

das Traurige, das Entsetzliche.

Man läßt die für den Frieden und dann kommt es so. (Bewegung.) Da kann man nicht schweigen! (Zuruf: Das ist das Werk der Vaterlandspartei!)

Es war es 1917. Wir müssen dem deutschen Volk sagen, wie es

zwei Jahre gewissenlos verzerrt

ist. Hätte es diese Dinge besser gewußt, hätte es den Frieden einfach erzwungen. (Sehr richtig!)

Und wie stand es im Juli 1917? Wir wollten nach außen den Frieden und nach innen die Freiheit. Und was war (nach rechts) Ihre Parole: Keins Frieden und keine Freiheit! Was war die Frage? Die ganze Wehrmacht zu Lande und zu Wasser wurde mobil gemacht gegen den Mann, der vor Ihnen spricht. Namenlos Entsetzliches wurde gegen mich vom Kriegspresseamt zusammengelesen. In dem Augenblick, wo die Friedensaktion auf dem Höhepunkt stand, wurde

die Vaterlandspartei gegründet

zu dem Zweck, die Friedensaktion lauzischlagen. Militärische, Beamte, Kriegsgesellschaften und wirtschaftliche Verbände. Ende September war die vom deutschen Willen des deutschen Reichstages getragene Friedenspolitik des verständlichen Ausgleichs durch die Agitation erledigt, die Hoffnung, die auch die anderen Völker hatten, mit einem Schlage vernichtet. Deutschland ist

mit offenen Augen in den Tod hineingerannt.

Am September bildeten die Alliierten ihren Obersten Kriegsrat. Und was war die Folge hiervon? Die Ablehnung der von England verursachten Friedensvermittlung. (Stürmisches Hört, hört!) Die Wahrheit über alles!

Wir sind in entscheidender Stunde für das Gute eingetreten. Der Abgeordnete Kaufmann, der das gleiche versuchte, wird das Scheitern der Vermittlung darin sehen, daß Deutschland die gewünschte Erklärung nicht abgegeben hat. Wir trieben zu der Fortsetzung des Krieges. Und in den Septembertagen kam das Friedensangebot, das von uns in Rußland in das Gegenteil verkehrt wurde.

So kam 1918. Jeder Versuch, diese Zeiten zur Vernunft zu bringen, wurde

mit militärischen Mitteln niedergeschlagen.

Die Antwort war, man möge noch ein Weilschen warten und dann kam Ende September 1918 der restlose militärische Zusammenbruch. Eine Depesche nach der anderen jagte nach Berlin: Wenn nicht in kürzester Frist eine Regierung gebildet würde, könne die Front nicht mehr vierundzwanzig Stunden gehalten werden. Alle diese Dinge werden in den nächsten Tagen dem deutschen Volke übergeben werden dann kann es nach den Ältern selbst prüfen. Die Regierung des Prinzen Max von Baden hat nur den Helfer gemacht. Ludendorff nicht hinzuschicken, um den Waffenstillstand abzuschließen. Wo war die Jivourage des Militärs? (Sehr richtig!) Die Sozialdemokratie sollte zuerst gar nicht in die Regierung eintreten und sie sollte nachher die Verantwortung übernehmen, nachdem alles verloren war. Wir haben

unsere Kräfte vor einem neuen Erban bewahrt.

Gleich waren auch Tendenzen zur Unterwühlung der Armee vorhanden; aber noch solchen vier Jahren bricht einmal der Regen. Herr von Seebebrand soll gesagt haben: Wir sind belogen und betrogen. Ob er es gesagt hat, weiß ich nicht. Aber wahr ist: (sehr richtig!) der Zusammenbruch ist erfolgt durch die Unanerkennung im Heere. (Zum Abgeordneten von Graefe): Wer hat denn gegen die Abschaffung des schrecklichen Krieges und gegen die gemeinsame Spaltung der Mannschaften und Offiziere gesprochen? Ludendorff wollte demissionieren, wenn auch andere

am 6. November bekant ich auftrag — ich hatte mich nicht danach gedrängt —, die

weiße Fahne am 8. November morgens zu ziehen.

also zu kapitulieren, und zwar mit Zustimmung der Obersten Heeresleitung. Fern an der Front sagte mir ein General, von seinen zwei Divisionen habe die eine noch 437, die andere 341 Mann. (Hört, hört! Große Bewegung.) Er meinte, wenn jeder Mann und jeder Major ein Maschinengewehr habe, könne man sich noch halten; aber bei einem großen Vorstoß würden die Feinde durchbrechen. Hätten Sie (nach rechts) es verantworten wollen, daß die Feinde verwilligt durch unser Vaterland ziehen? Der

Umsturz in Deutschland

soll den Waffenstillstand erzwungen haben; aber Hindenburg befehlerte, wenn unsere Forderungen nicht durchzugehen seien, so sei trotz dem der Waffenstillstand abzuschließen. Die politischen Vorgänge in Deutschland waren nicht entscheidend, denn die Waffenstillstandsbedingungen waren nicht von hoch, sondern schon 4 Wochen vorher von den Alliierten aufgestellt. Selbst Herr von Graefe hätte es in Compigne nicht anders machen können.

Ich stelle fest: die Friedensresolution des Reichstages vom 19. Juli 1917 hätte Erfolg haben müssen und können, wenn ihre Grundzüge bei Gelegenheit der Friedensnote des Papstes angenommen worden wären; der Zusammenbruch Deutschlands ist

nicht durch die Revolution,

sondern durch die konstante Läufung des Militärs bedingt worden. Nicht die Friedensresolution hat die deutsche Widerstandskraft gelähmt, sondern der Zusammenbruch ist erfolgt durch Mangel an innerer und äußerer politischer Einsicht der konservativen und der Obersten Heeresleitung, die das deutsche Volk eingeschüchtert hatten und terrorisierten und dieses Spiel auch jetzt noch fortsetzen.

Die Schuld der Regierung und der Wehrheitspartei hat ein Ende (Rufe bei den Sozialdemokraten: Staatsgerichtshof!). Kommt gleich nachher!

Ich werfe die Frage auf, ob denn am 22. Juni überhaupt noch die Möglichkeit einer anderen Stellungnahme, als die Unterzeichnung, bestanden hat. Wir sind lebhaftest Vorwürfe gemacht worden, ich hätte die Politik Scheidemanns sabotiert. Ich behaupte, daß sich auch Herr Gothein in diesem Sinne geäußert hat. Demgegenüber stelle ich fest, daß ich in der ganzen kritischen Zeit durchaus loyal gehandelt habe. Es sind mir Äußerungen in den Mund gelegt worden, die ich gegenüber ausländischen Journalisten getan haben soll. Vom 22. Mai bis zum 27. Juni habe ich überhaupt mit keinem einzigen ausländischen Journalisten gesprochen. In der ganzen Zeit habe ich nur zwei inländische Journalisten bei mir gesehen. Es waren das Vertreter der „Frankfurter Zeitung“, die mir als verlässigen bekannt waren. Mit diesen habe ich mich ausgesprochen, und sie haben in der Tat mit keinem Worte von dem Inhalt unserer Unterredung Gebrauch gemacht. Aber noch mehr, die mir in den Mund gelegten Unterstellungen haben in der fremden Presse überhaupt nicht gefunden. (Lebhafte Bewegung.)

Das von der Presse gegen mich verwandte Wort der Rede Scheidemanns „Unannehmbar“ ist bekanntlich gar nicht gefallen, sondern später angefügt. Abgesehen davon richtete sich das „Unannehmbar“ nicht gegen jeden Vertrag. Im weiteren Verlauf der Entwicklung der Friedensfrage bin ich in das Kabinett mit einer Auseinandersetzung darüber herangezogen: Was wird eintraten, wenn wir den Frieden unterzeichnen, und was wird geschehen, wenn wir ihn nicht unterzeichnen? Ich habe aus meiner Auffassung kein Wort gemacht und in einer Vorbesprechung des Kabinetts, die zu der Klärung der Frage wesentlich beigetragen hat, schließlich erklärt, daß ich aus der Regierung austreten würde, wenn die Friedensresolution abgelehnt würde. Für diese Behauptung berufe ich mich auf das Zeugnis des Ministers Dr. David, der sich meiner Auffassung angeschlossen hat (Lebhafte Bewegung.)

Kun hat der Abg. v. Graefe die Behauptung aufgestellt, die Deutschnationale Volkspartei sei zu einem Eintritt in ein Ablehnungskabinett bereit gewesen. Demgegenüber stelle ich fest, daß Graf Koschowsky nur die Mitteilung gemacht hat, seine Partei würde in Erwägung ziehen, ob sie in ein solches Kabinett eintreten würde oder nicht. (Leb. Hört, hört! Darauf Zuruf des Abg. Graefe: Er hat aber doch nicht abgelehnt. Stürmisches Heiserkeit.) Diese Zwischenbemerkung steht auf dem gleichen niedrigen Niveau wie die übrigen Behauptungen. Als Graf Koschowsky in Erwägung ziehen wollte, ob seine Partei sich an der Regierung beteiligen würde, war es mittags 1 Uhr. Abends 7 Uhr sollten aber die ersten Kanonenschüsse fallen. (Lebhafte Bewegung.) In

diesem kritischen Augenblick der deutschen Geschichte

mußte gehandelt werden.

Wir freuen erinnern wir uns an die Erklärungen des Abgeordneten Schiffer und Heine, daß unsere Entscheidung aus dem ehrlichen Willen getroffen worden sei, unserem Vaterlande zu dienen. Die Deutschnationalen haben sich dieser Auffassung nicht angeschlossen und sich damit selbst ein unheilvolles Zeugnis ausgestellt. (Leb. Zustimmung.) Der Frieden mußte unterzeichnet werden, um die Einheit des Reiches zu retten. Der Vorwurf und der Hebermut, der aus der Werbung des Abg. Graefe spricht: Wir hätten uns an die Futterkrippe setzen müssen! wird von dem Volke den Vertretern seiner Gruppe nicht vergessen werden dürfen, die selbst

jahrzehntlang an der Futterkrippe gefressen

haben. (Große Unruhe bei den Deutschnationalen. Andauerndes lebhaftes Weisfall in der Mitte und links.)

Die Frage des Abg. Graefe: Wohin kommt das viele Geld? beantwortete ich dahin: Mehr als die Hälfte aller Ausgaben, die in den letzten Monaten geleistet werden mußten, sind vom Heer aufgebracht worden. Im Monat Juni allein 1,8 Millionen Mark. Daß dieses Geld nicht allein an die Offiziere und Mannschaften geht, ist selbstverständlich. Es sind darin auch die großen Abwicklungsgebühren vom Hindenburgprogramm einbegriffen, das immer noch nachwirft.

Ich komme zum Schluß: Wir leiden unter der Niederlage ebenso schwer wie Sie (nach rechts). Der Anblick der

abgemagerten Kinder und abgekehrten Frauen

geht uns ebenso zu Herzen wie Ihnen. (Zuruf: Noch viel mehr!) Aber eins scheidet uns von Ihnen: Wir drücken uns nicht damit, wir stellen uns nicht so hin, als ob wir allein ein Herz für die Not und Schmach unseres Vaterlandes hätten (Weisfall), was uns aber ebenso tief kränkt wie der Jammer unseres Volkes und Vaterlandes, das ist das falsche Spiel, das Sie treiben. (Lebhafte Beifall und Zustimmung.)

Wir haben den Gemaltpfunden annehmen müssen, weil kein anderer Ausweg blieb. Wir haben die Verantwortung übernehmen müssen für das

was Sie verbrochen haben.

(Sehr richtig! und lebhaftes Zustimmung.) Wir werden aber niemals zugeben, daß Sie nun versuchen, aus der Verantwortung, die auch Ihre Schuld ist, unsere Schuld zu machen und uns heuchlerisch mit Hohn und Spott zu überlegen. Der Friedensvertrag ist die Schlichtung eines Krieges. Wer den Krieg verliert, verliert den Frieden. Wer aber hat den Krieg verloren, diejenigen, die sich in unvernünftigen, trotzigem, verbrochenem, verbrecherischem Eigenfinn der Möglichkeit eines ernsthaften

Friedens entgegenstellten.

(Stürmisches Weisfall und Zustimmung.) Die moralische Verantwortung dafür, daß schließlich kein anderer Frieden mehr möglich war, haben diejenigen zu tragen, die den Kampf gegen die Friedensresolution des Reichstages geführt haben, und

wenn sie hundertmal durch ihr lautes Weis ihre Hände im Anschuldigung waschen wollen, sie werden die Schuld nicht los, weder vor uns, noch vor der Geschichte, noch vor ihrem eigenen Gewissen. (Stürmisches Weisfall, der sich auf den Tribünen fortsetzt. — Präsident Lehrenbach trägt das Händewaschen als nicht üblich.)

Ludendorff heißt Haase.

Zu den Enthüllungen über die frühere Oberste Heeresleitung erhält die „S. Z. a. M.“ eine Information, die Ludendorff reinwaschen will. Sie lautet:

Das Schreiben des Runtius Parelli und das Antwortschreiben des Reichskanzlers Dr. Michaelis, die heute in der Morgenpresse veröffentlicht wurden, sind dem General Ludendorff erst heute früh bekannt geworden. Er hat von diesem Schreiben früher nie etwas gehört. Andeutungsweise und geheimnisvoll wurde Ende August oder Anfang September 1917 der Obersten Heeresleitung mitgeteilt, daß England eine Friedensanfrage erbreite.

Völlig unabhängig hiervon war dem General Anfang August von Oberst v. Hofier auf Grund von ihm zugegangenen Mitteilungen aus pazifistischen Kreisen des neutralen Auslandes gemeldet, daß England jetzt eine offene Erklärung Deutschlands über Belgien erwünscht sei. Der General glaubte, es handele sich in beiden Fällen um die gleiche Angelegenheit und erklärte in beiden Fällen sein Einverständnis zu einer Erklärung über Belgien.

Es fanden eine Reihe von Besprechungen über die belgische Frage statt, darunter auch ein Vortrag am 11. September. Im Verlauf der Verhandlungen wurde eine Einigung über eine Formel betreffs Belgiens erzielt. Einige Tage darauf regte der Reichskanzler in einer Besprechung mit seinem Stellvertreter Dr. Helfferich und dem Staatssekretär v. Kühlmann, der auch Oberst v. Hofier, Direktor Deutelmose und ein Vertreter des Kriegspresseamts beimohnten, an, die öffentliche Meinung in Heimat und an der Front auf eine starke Beschränkung der in vielen Kreisen des öffentlichen Lebens hinsichtlich Belgiens erzielten Ziele vorzubereiten. Staatssekretär v. Kühlmann sprach sich aus unbekanntem Gründen dagegen aus General Ludendorff hat in diesen Tagen Dr. Michaelis, von einer von ihm beabsichtigten Kriegssammlungsrede Abstand zu nehmen, damit nicht etwa mögliche Verhandlungen erschwert würden.

Am 20. September hat Oberst v. Hofier, der ebenfalls von dem Schritt des Runtius Parelli keine Kenntnis hatte, eine Besprechung mit Staatssekretär v. Kühlmann gehabt, in der er ihn auf Veranlassung des Abgeordneten Konrad Haukman an, eine öffentliche Erklärung über Belgien abzugeben. Der Staatssekretär lehnte ab. Oberst v. Hofier erbatte hierauf der Obersten Heeresleitung Meldung.

General Ludendorff hat später den Reichskanzler oder den Staatssekretär v. Kühlmann gefragt, was aus der angelegten englischen Friedensanfrage geworden wäre. Er erhielt eine ausweichende Antwort.

Danach heißt Ludendorff eigentlich Haase: er weiß von nichts. Und der allgemaltige Ludendorff beschied sich gern mit der untergeordneten Rolle, die die Minister ihm zubilligten. Wenn er eine ausreichende Antwort auf eine bescheidene Frage erhielt, dann zog er sich untertänig aus dem Vorzimmer zurück und wagte nicht, auf Klarheit und Offenheit zu dringen.

Wenn und so oft auch immer etwas von Friedensschluß an sein Ohr drang, dann war er zum Entgegenkommen und zum Einlenken bereit. Nur der kriegerische Kühlmann und andere schwertunmächtige Zivilisten wie Diplomaten sind schuld daran, daß der Krieg verlängert worden ist, bis die Heere ausgepumpt waren und die Katastrophe eintrat.

Ludendorff aber war immer der Friedensengel. Er heißt Haase.

Das Echo.

Die rechtsstehende Presse, die in Berlin über viele Blätter und wenig Leser verfügt, sucht mit allen Mitteln den niederdrückenden Eindruck der Erabergerischen Enthüllungen zu verwischen. Sie klammert sich an den Jitatenauszug der v. Graefischen Rede und sucht die Abrechnung mit den Alldeutschen in eine Abrechnung mit Erzberger bzw. mit der Regierung oder mit der Revolution umzugießen.

Dabei findet sie die liebevolle Unterstützung der „Freiheit“, die Herr v. Graefe sehr sympathisch behandelt, weil er gegen die Mehrheitssozialdemokratie gesprochen hat. Um so schlechter kommt Erzberger bei ihr weg, denn den Unabhängigen ist jedesmal das Konzept verdorben, wenn festgestellt wird, daß der Mehrheitsblock des Reichstages viel aussichtsreichere und ernstere Friedensarbeit geleistet hat als die Unabhängigen mit ihren Deklamationen.

Mit der rechtsstehenden Presse lohnt eine Auseinandersetzung nicht. Sie markiert den Schwerhörigen. Man kann ihr beweisen, was man will, am Schluß versteht sie sich doch auf ihre hilflose und zehnmal widerlegte Behauptung, der Krieg sei durch die Revolution verloren gegangen. Soll man's übernehmen? Geständnis der Wahrheit wäre hier Selbstmord, und wer wird vom Rechtenlügen verlangen, daß er sich jetzt noch selbst verzehrt? Dazu ist der Mann doch nicht vier Kriegsjahre daheimgeblieben!

Axelrod und Neurath verurteilt.

Aus München wird gemeldet: Das Standgericht in München verurteilte den aus Rußland gebürtigen Kommunistenführer Axelrod, früheres Mitglied des Aktionsausschusses der Räte-regierung, heute zu 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrenrechtsverlust.

Dr. Neurath, der frühere Präsident des Zentral-Wirtschaftsamtes, wurde zu einem Jahre (sechs Monaten Festungshaft verurteilt.

Der Friseur Max Strobl aus München, der als Leiter der Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution zahlreiche Verhaftungen von Geiseln befohlen hatte, erhielt 7 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrenrechtsverlust.

Der Rosenheimer Kommunistenführer Guido Kori aus Rosenheim erhielt 8 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrenrechtsverlust.

In der Verhandlung hatte sich Axelrod auf das Recht der Territorialität berufen, die das Gericht, aber nicht anerkannte. — Für die Freilassung Neuraths sind wir feinerzeit eingetreten und glauben auch heute noch, daß es ihm nicht um die Unterstützung der Räteregierung, sondern lediglich um Durchführung seiner Sozialisierungspläne zu tun gewesen ist.

Amerikanischer Kredit für Deutschland.

„Get Volt“ erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß in Amerika von dem Bankhaus Morgan ein großer Kredit für Deutschland abgeschlossen wird; er wird mindestens einige Hundert Millionen Dollars, wahrscheinlich aber viel mehr betragen.

Nationalversammlung zu Weimar

67. Sitzung vom Sonnabend, 26. Juli 1919, vorm. 10 Uhr.

Am Regierungstisch: Bauer, Müller, David, Kossel. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr. Die Besprechung der Erklärung der Reichsregierung in Verbindung mit der Besprechung der Interpellationen betreffend den Landarbeiterstreik wird fortgesetzt.

Präsident Fehrenbach:

Vor Eintritt in die Tagesordnung habe ich mitzuteilen, daß folgender Antrag Haußmann (Dem.), Loebe (Soz.) zur Beratung der Erklärung der Reichsregierung eingegangen ist: Die Nationalversammlung wolle beschließen:

1. Die erste Beratung des Gesetzentwurfs über den Staatsgerichtshof mit der gegenwärtigen politischen Debatte zu verbinden;
2. die Rede des Herrn Reichsministers Erzberger vom 25. Juli und des Herrn Ministers des Auswärtigen vom 24. Juli auf Kosten des Reichs in deutscher Sprache zu verbreiten;
3. alle Protokolle der vertraulichen Sitzungen des Haushaltsausschusses des Reichstags sowie die der Regierung beilagenden Dokumente über die Entstehung und Fortführung des Krieges zu veröffentlichen.

Abg. Loebe (Soz.):

Meine Fraktion hat sich gestern Abend mit den Enthüllungen, die der Herr Reichsminister Erzberger gestern vortrug, beschäftigt, die für unsere Fraktion, wahrscheinlich auch für die anderen Fraktionen und vielleicht für alle Mitglieder dieses Hauses eine große und schmerzliche Ueberraschung

gemessen sind. Wir bitten Sie, noch am Schluß dieser Debatte zu beschließen, daß diese Aufklärungen dem ganzen deutschen Volke in vollem Umfange zugänglich gemacht werden. Wir bitten weiter mit dieser Beratung auch sofort die Beratung über den Staatsgerichtshof zu verbinden, der uns seit Wochen vorliegt und dessen weitere Verschärfung in der Kommission wir uns vorbehalten. Das kann geschehen, wenn kein Mitglied dieser Beratung widerspricht und wir bitten den Herrn Präsidenten dies festzustellen. Wir bitten ferner mit dieser Veröffentlichung auch die Veröffentlichung der Rede des Herrn Reichsministers Müller zu verbinden, damit der ganzen Welt offenbar werde, daß mit der Politik gebrochen

worden ist, die uns durch die gestrigen Enthüllungen bekannt geworden ist. Wir glauben, daß damit die Maßregeln noch nicht erschöpft sind, die sich an die Vorgänge des gestrigen Tages knüpfen. Wir wollen aber damit den ersten Schritt tun, zu dem wir verpflichtet zu sein glauben im Interesse unseres unglücklichen, frierend gepferkten Volkes. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Schulz-Stromberg (Dnail. Sp.): Ich widerspreche im Namen meiner Fraktion. (Große Unruhe, Lärmen und Jurse: Freiheit! bei den Soz.) Ich verziehe überhaupt nicht, was der Sinn dieser Proklamation sein soll. (Erneutes Gelächter links.) Sollte aber der Anschlag demnach vorgenommen werden, so würde ich also dann beantragen, auch die Rede des Herrn v. Graefe mit zu veröffentlichen. (Gelächter und Jurse bei den Soz.: Sie haben ja Geld genug gemacht im Kriege, machen Sie es doch selbst.)

Abg. Dr. Heine (Dnail. Sp.): Meine Freunde erheben auch Widerspruch dagegen, die Beratung des Staatsgerichtshofs mit dieser Debatte zu verbinden.

Abg. Loebe (Soz.): Nachdem die beiden rechtsstehenden Parteien Widerspruch erheben haben, ist geschäftsordnungsmäßig die Beratung des Staatsgerichtshofs nicht möglich. Die Feststellung genügt uns. (Beifall bei den Soz.) Die Beschlußfassung über die Veröffentlichung der Reden kann durch keinen Widerspruch hintangehalten werden und wird am Schluß der gegenwärtigen Beratung erfolgen müssen.

Hierauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein. Abg. Dr. Hugo (D. Sp.): Die gestrige Rede Erzbergers und der eben gehörte Antrag sollen das deutsche Volk in seinen tiefsten Tiefen aufwachen. (Unruhe links, Ruf: auflücken!)

Präsident Fehrenbach mahnt unter Hinweis auf den Ernst der Lage zur Ruhe.

Mordprozeß Neuring.

Der Staatsanwalt beantragt Todesstrafe.

Dresden, 26. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Im Mordprozeß Neuring beantragt der Staatsanwalt die Angeklagten Aliner, Schreiber, Merkel, Heynemann, Parfisch, Becker, Gottlöber, Liebig des Mordes schuldig zu sprechen und zum Tode zu verurteilen.

Erster Streik in Oberschlesien.

Keine Notstandsarbeiten.

Der gestern 7 1/2 Uhr ausgebrochene Streik der Lichtwerte Chorzow und Zabrze ist sehr ernst. Seit gestern 7 1/2 Uhr ist der gesamte Industriebezirk ohne Licht und Kraft. Die Streikenden haben diesmal, aus die Ausführung von Notstandsarbeiten abgesehen, so daß für die Gruben, sollten sie nicht von denen, die eigene Kraftwerke haben, mitversorgt werden können, die Gefahr des Erfauens droht. Die Beamten haben sich geweigert, wegen des zu erwartenden Terrors auch unter militärischem Schutz die notwendigen Arbeiten auszuführen.

Der vom Staatskommissariat seinerzeit eingeführte Arbeitszwang für Notstandsarbeiten ist auf den Werken erneut bekanntgegeben worden. Heute um 10 Uhr findet in Katowice eine Sitzung mit den Streikenden bzw. von Arbeiterausschüssen, der Direktion, den betreffenden Organisationen, dem Vertreter des Staatskommissariats und dem Zentralarbeiterrat statt. Offenbar gelang es, eine Einigung herbeizuführen.

Auf Anfrage in Zabrze wurde mitgeteilt, daß nach Beilegung des ersten Lichtstreiks Verhandlungen mit den Arbeiterausschüssen schwebten, die täglich abgebrochen wurden, da man sich über die Fortdauer des Tarifvertrages nicht einigen konnte. Jetzt lauten diese Forderungen in verschärfter Weise wieder auf.

Wegen Strommangels sind stillgelegt die Gruben der Berginspektion 1 Königshütte, die Gruben der Berginspektion 2 Zabrze, die Gruben der Berginspektion Verwaltung und das Bergwerk, die Geurgarbe, Magarube, Eminenzgrube; dazu kommt noch ein regulärer Streik wegen Einstellungen von Grenzschutzleuten auf Hürstengrube und Feinrich-Freude-Grube. Es wird weiter gemeldet, daß auf den Gruben wegen Strommangels die Gefahr besteht, daß die Pferde unter Tage erkranken, da die Ventilatoren auch nicht arbeiten.

Otto Bauers Abschiedsgesuch.

In dem gestern von uns schon telegraphisch erwähnten Schreiben des österreichischen Staatssekretärs Dr. Bauer, in dem er Mittel, ihn unter Entlassung von dem Staatsamt des Reichens zu entlassen, verweist er darauf, daß einer der führenden Grundzüge seiner Politik war,

Deutsch-Österreich die Freundschaft Italiens zu erwerben. Es heißt darin: Ich hoffe auf Österreichs Unterstützung für die Vereinigung Deutsch-Österreichs mit dem Deutschen Reich, und ich hoffe, seinen Schutz gegen die slavischen Ansprüche auf die deutschen Gebiete zu erlangen, um in freund-

schafflicher Auseinandersetzung mit ihm eine für beide Teile annehmbare Lösung für Deutsch-Österreich zu finden. Ich hoffe, Deutsch-Österreich werde Vermittler sein können, der der ganzen deutschen Nation die Freundschaft Italiens wiedergewinnt. Leider sind diese Bemühungen gescheitert. Am 8. Juli teilte mir Prinz Borghese, der italienische Bevollmächtigte in Wien, mit, die italienische Regierung sei nicht in der Lage, sich auf eine Diskussion einzulassen, die die vollständige Souveränität des Königreichs Italien über das Alto Adige in Frage stellen würde.

Damit war meine Politik an der Intransigenz des italienischen Imperialismus gescheitert. Der italienische Imperialismus zwingt uns, neue Bahnen zu betreten. Aber auch den neuen Weg zu führen,

glaube ich nicht der rechte Mann zu sein.

Ich kann nicht hoffen, das Vertrauen bei den französischen Nachbarn zu finden, die immer wieder die Zerissenheit des deutschen Volkes für ein Recht der französischen Nation halten. Aber nicht nur wegen meines Kampfes für die Vereinigung Deutsch-Österreichs mit der großen deutschen Republik, auch wegen der Stellung, die ich während des Krieges zu den damaligen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der internationalen Sozialdemokratie genommen habe, kann ich das Vertrauen der gegenwärtigen französischen Regierung nicht erlangen. Wohl haben gerade meine engen Freunde und ich den österreichischen Imperialismus während des Krieges am heftigsten bekämpft, gerade wie die das relative historische Recht der bürgerlichen Demokratien des Westens gegen die Willkürmonarchien Mitteleuropas verfochten. Aber die gegenwärtige französische Politik beurteilt uns nicht nach unseren Verdiensten zu Frankreich, sondern nach unserer Stellung zu der sozialen Revolution.

Hat aber schon meine Stellung zu der deutschen Frage und zu den sozialen Problemen das Vertrauen der französischen Nachbarn erweckt, so wurde dieses Vertrauen noch vertieft durch meine Bemühungen um die Freundschaft Italiens. Ich glaube daher, daß meine Person nur noch eine Erschwerung jener Politik sein könnte, die mir jetzt, nachdem uns die Haltung Italiens den anderen Weg versperrt hat, objektiv notwendig und historisch geboten zu sein scheint.

Die Freiwilligenheute der „Freiheit“.

Am Donnerstag Abend kam es in einem Kino Unter den Linden, als wieder einmal einer der berühmtesten „Aufklärungsfilme“ gespielt wurde, zu heftigen Ständoloustritten, weil ein Teil des Publikums sich die dargebotenen „Aufklärungsszenen“ nicht gefallen lassen wollte. Ein Bericht der „Freiheit“ macht daraus, daß mehrere mit Revolvern bewaffnete Soldaten plötzlich in den Saal eingebrungen seien und die Fortführung des Spiels verboten hätten. Sie hätten sich furchtbar aufgeführt und nur der Ruhe des Publikums sei es zu verdanken gewesen, daß es nicht zu Tätlichkeiten kam. Mit der ihr eigenen sittlichen Entrüstung fragt die „Freiheit“: „Seit wann sind denn die Freiwilligentruppen als Schächer der Sittlichkeit anerkannt worden?“

Die „Freiheit“, die sonst die Freiwörter als eine Bande von Sittlichkeitsverderbern, Rädelsführern usw. hinzustellen sucht, sollte doch nun eigentlich sehr befriedigt sein, wenn gerade die Freiwilligen ein so hohes Maß von sittlichem Feingefühl an den Tag legen, daß sie sich die Darstellung schmutziger Szenen nicht gefallen lassen. Aber ihre ganze Darstellung ist aus den Fingern geflogen. Wie uns Augenzeugen berichten, sahen die angeblich während der Vorstellung erschienenen Soldaten bereits seit Beginn der Vorstellung im Kino. Soweit sie mit Revolvern bewaffnet waren, trugen sie diese vorchriftsmäßig in Schutzhüllen und haben sie auch nicht herausgenommen. Das Verbot des Spiels ist von ihnen nicht in die Wege geleitet worden. Überhaupt haben sie keinerlei Tätlichkeiten begangen. Der Ständoloubruch vielmehr im Publikum aus, und die Soldaten haben lediglich versucht, Tätlichkeiten zwischen den beiden sich bildenden Parteien zu verhindern.

Für die Verleumdungsmethode der „Freiheit“ ist ihre Art der Darstellung typisch.

Der Streik der Telegraphenarbeiter.

Am Freitagabend erstattete der Bundesvorsitzende Wallentin in einer Versammlung der Telegraphenarbeiter Bericht über die ergebnislosen Verhandlungen. Folgende Resolution wurde angenommen:

„Die Versammelten erheben entsetzten Protest gegen die von der Oberpostdirektion erlassene Verfügung vom 22. Juli 1919, die ohne Zustimmung des Bezirksbeamten- und Arbeiterausschusses der Oberpostdirektion Berlin erlassen worden ist und durch die 287 Arbeiter mit ihren Familien in Gefahr kommen, dem Elend in einer so ersten Zeit preisgegeben zu werden. Die Versammelten erwarten, daß trotz der bisherigen Haltung des Oberpostdirektors Senken es möglich sein wird, den drohenden Kampf über das ganze Reich abzulassen, und erwarten von dem Reichspostminister, daß er unmittelbar eingreift und an die Oberpostdirektion Anweisung gibt, daß die Verfügung vom 22. Juli aufgehoben wird, damit die 287 Arbeiter sofort mit vollen Rechten in bezug auf Lohn und Anstellungsbedingungen wieder eingestellt werden können. Die Versammelten erwarten ferner, daß für die Tage der Entlassung der der Arbeiterschaft zustehende Lohndarstellung gezahlt wird. Sie erklären vor der breiten Öffentlichkeit, daß es sich bei ihnen um keine Forderungen handelt, die in diesem Moment an die Reichspostverwaltung gestellt worden sind, sondern nur darum, ein der Arbeiterschaft und deren Familien angelegentliches Unrecht wieder gut zu machen. Sie beschwören, wie bisher im Interesse der Republik, des Reiches, der Regierung und der Allgemeinheit ihre Pflicht zu tun, erwarten aber, daß auch sie dafür ihr Recht erhalten.“

Die Streikenden werden vorläufig bis einschließlich Montag im Zustand verharren, in der Erwartung, daß bis dahin eine Verständigung erzielt sein kann. Am Montagabend wird eine Versammlung erneut Stellung zu der Angelegenheit nehmen.

Die Oberpostdirektion teilt mit, daß eine Störung oder gar eine Betriebs Einstellung der Fernsprechanlagen infolge des Streiks nicht zu erwarten ist. Der telephonische Verkehr wird durch den Streik in keiner Weise berührt.

Der Streik in den Siemenswerken.

Im Streik bei den Siemenswerken begannen heute vormittag vor dem Hauptausbruch der Metallindustrie Einigungsverhandlungen im Vorhause. Der Ausschuss ist paritätisch mit 5 Vertretern des Verbandes Berliner Metallindustrieller und 5 Vertretern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes besetzt. Den Vorsitz führt Geheimrat v. Borfig. An den Verhandlungen nehmen auch Mitglieder des Vollzugsrates teil. Die Beratungen, die erst gegen 11 Uhr begannen, gestalten sich ziemlich langwierig und dauern gegenwärtig noch an. Die Verhandlungen finden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Industrie und Handel.

Börse.

Die Börse eröffnete auf Wochenjahrs-Realisationen und im Hinblick auf den weiteren Rückgang des Marktes im neutralen Ausland in schwächerer Haltung. Niedrigere Kurse erzielten namentlich Montanaktien, Schiffahrtswerte und einzelne Farb- und Gekletpapiere. Auch Kriegaanleihen waren angeboten und notierten etwa 83% Proz. Zur Zusammenfassung hiermit gaben auch Schatzanweisungen und die älteren heimischen Anleihen etwas nach. Ziemlich gute Meinung bestand für Rüstungspapiere, ausgesprochen fest waren alle Wertpapiere, in erster Reihe amerikanische Bahnen und fremde Kupons. Von letzteren stellten sich rumänische 7 Proz. höher.

Groß-Berlin

Der vielbesagte Mangel an Schulleuten besteht in Berlin-Nord wohl nicht? Wir möchten das annehmen gegenüber einem Vorwissen, das uns aus dem Hause Bernauer Str. 47 gemeldet wird. Der Verwalter bläst zwar (zu seiner eigenen Freude, nicht zu der seiner Mutter) in Ruhestunden gern Trompete, aber einen Leiter kann er nicht leiden. Einem Kriegsbeschädigten, der mit seinem Leiter auf den Hof kam und die Mutter erfreute, befahl er, das Spiel einzustellen. Als der das nicht schnell genug tat, lief der Verwalter nach Polizei und bald lehrte er mit zwei (!) Schulleuten zurück. Der Leiterlastenmann war inzwischen von dannen gezogen, aber die gegen ihn alarmierte Polizei erwiderte ihn auf einem Nachbargrundstück und stellte seine Personalien fest. Mancher ist froh, wenn er bei wichtigeren Anlässen auch nur einen Schulleuten mobil zu machen vermag.

Einen Raubüberfall auf einen Droschkenfahrer verübten Kuchenerlebe. Als der Droschkenfahrer L. in der vergangenen Nacht gegen 8 Uhr auf der Kochhausstraße an der Ecke der Leipziger- und Friedrichstraße vorbeikam, traten zwei Männer an ihn heran und ließen ihn, sie nach Reinickendorf, Ecke Egerstraße, zu fahren. Er fuhr dann auch dorthin, und als er mit den beiden Fahrgästen an der Egerstraße angekommen war, auf deren Verlangen noch weiter zur Harjustraße. Die Männer stiegen hier aus und griffen in die Tasche, anscheinend um die Börse hervorzuholen und den Fahrpreis zu entrichten. Statt dessen aber zogen sie plötzlich Pistolen aus der Tasche und richteten sie auf den Fahrer mit den Worten: „Hände hoch, oder ich schieße“. Der Fahrer meinte zwar: „Rüber, macht doch keine Sorgen“, aber die Fahrgäste, die sich jetzt als Räuber entpuppten, beharrten bei ihrer Forderung, und so mußte der Fahrer die Hände hochheben und vom Bod hinuntersteigen. Dafür setzte sich einer der Räuber auf den Hof, während der andere im Wageninnern Platz nahm und von hier aus seine Pistole solange auf den Fahrer richtete, bis sie mit der Droschke weit genug davongefahren waren. Der Ueberfallene lief dem Wagen noch ein Stückchen nach, konnte ihn aber nicht einholen. Er erstattete dann Anzeige auf dem nächsten Polizeirevier. Die Nachforschungen ergaben, daß die Räuber nach Köpenick gefahren waren. Als sie hier gestern nachmittag Pferd und Wagen verkauft wollten, wurden sie angehalten und festgenommen.

Eine Betriebsstörung auf der Stadtbahn gab heute früh Anlaß zu dem solchen Geräusch eines schweren Eisenbahnunglücks, das sich an der Warschauer Brücke ereignet habe. Es handelte sich nur um einen an der Jannowbrücke eingetretenen Maschinendefekt, der erst nach zwei Stunden beseitigt werden konnte.

Zoologischer Garten. Sonntag von 5 Uhr nachmittags ab Müllersongel. Eintritt 1 M., Kinder die Hälfte; ebenso für das Aquarium, das bis 8 Uhr abends geöffnet ist. Von 8 Uhr an kostet der Eintritt zum Garten nur 75 Pf.

Neukölln. Fürsorgestellen. Drei für die Gesundheitspflege bedeutungsvolle Audunfts- und Beratungsstellen hat die Stadt in der Richardstr. 118 zwecks geeigneter Bekämpfung der Tuberkulose, des Alkoholismus und der Geschlechtskrankheiten errichtet. Geöffnet sind die Fürsorgestelle für Lungentranke Montags und Donnerstags von 3-5 Uhr und Dienstags, Mittwochs und Freitags von 5-7 Uhr, die Fürsorgestelle für Geschlechtskranke Montags von 7-8 Uhr abends für Männer, Donnerstags von 7-8 Uhr abends für Frauen und Mädchen; die Trinkerfürsorgestelle Sonnabends von 6-7 Uhr.

Omnibuslinie in Zehlendorf. Zur Verbindung der Bahnhöfe Zehlendorf-Mitte (Bannierbahn) und Thielplatz (Untergrundbahn) wird am 27. Juli eine Omnibuslinie eröffnet. Sie wird auch dem Ausflugsverkehr zugute kommen.

Friedrichshagen. Die Gemeindevertretung hatte die Errichtung eines Berufsamtes schon in einer früheren Sitzung beschlossen. In der letzten Sitzung wies Gen. Schöffe Ehrlich die Notwendigkeit nach, einen sachkundigen Berufsberater hauptsächlich anzustellen. Die Gemeindevertretung nahm einstimmig einen Antrag des Gen. Larnow an, der Anstellung eines Berufsberaters mit der Maßgabe zuzustimmen, daß die Schaffung dieser neuen Stelle die spätere Errichtung eines gemeindlichen Volksbildungsamtes, in dem alle sozialen Aufgaben der Gemeinde zusammengefaßt werden sollen, zum Ziel hat. Zur Regelung der Personalfrage wurde eine Kommission eingesetzt. Eine lebhafte Debatte entspann sich um die Beiträge des Gemeindevorstandes, den Betrieb der Kriegsläden und den kommunalen Lebensmittelvertrieb einzustellen. Die Finanzprüfung der Kriegsläden ist rapide zurückgegangen und der Betrieb erfordert z. B. einen Aufschlag von 6000 bis 8000 M. monatlich. Es wurde beschlossen, den Betrieb am 2. August einzustellen. Auch der Lebensmittelvertrieb hat nur noch eine geringe Bedeutung. Es wurde aber mit Recht darauf hingewiesen, daß die Organisation dieses Betriebes alles zu wünschen übrig lasse. Von unserer Seite und von den Rednern der U. S. P. wurde gefordert, die Kommunalisierung auch der Lebensmittelversorgung nicht abzubauen, sondern in erweiterter Form auszubauen. Eine Kommission aus 3 bürgerlichen und je 2 Vertretern der U. S. P. und der U. S. P. soll die Möglichkeiten der Kommunalisierung prüfen. Die Entscheidung über das kommunale Lebensmittelgeschäft wurde vertagt. Der Antrag der Beamten und Lehrer auf Gewährung von Entschädigungsdarstellungen wurde der Personalkommission überwiesen.

Reu-Blitz. Die Gemeindevertretung beschloß, die Umkehrung der Schulden sowie die Reparatur des Leichterbrunnens während der Ferien vorzunehmen. Hierbei glaubte der Unabhängige keine Gegenwehr gegen unsere Gewissen hervorheben zu müssen. Ihren Vorschlag der Wahl einer aus Sachverständigen zu bildenden Kommission, die diese Arbeit überwachen soll, bekämpfte er zu Gunsten des 1914 gewählten konservativen Schulvorstandes auf das Bestigste. Zur Beseitigung der Wohnungsnot wurde eine Kommission gewählt, die bei den zuständigen Behörden vorstellig werden soll, daß zur Vermietung der leerstehenden Wohnungen die betreffenden Eigentümer gezwungen werden. Der Unabhängige beantragte, daß die Gemeinde Polizeibureau bauen soll. Er verlag hierbei Charlottenburg mit unserem kleinen Ort von 1200 Einwohnern.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Niederschönhausen. Auf Kölln. 45 (Kinder bis zu 2 Jahren) 1/2, Wd. Berlin-Lichten. 2 Paleten Kales; Kölln. 21 (Kriegsbeschädigte) 1 Pfd. Erbsen; Kölln. 57 400 Gramm Telgemoen; Kölln. 56 150 Gr. Graupen, 150 Gr. Rührzucker; Kölln. 42 (Zugenernte) 1/2, 1/2, 1/2, 1/2, 1/2 Paletten Rindfleisch.

